

Max-Planck-Institut
für demografische Forschung



Rostocker Zentrum zur Erforschung
des Demografischen Wandels

EDITORIAL

Richtig gemessen

Um die Altersstruktur einer Bevölkerung und insbesondere den Trend einer Verschiebung in höheres Alter zu messen, werden Indikatoren wie der Altersquotient verwendet. Diese Maßzahl setzt die in einer Gesellschaft abhängigen älteren Personen in Beziehung zu Personen im Erwerbsleben und beruht auf fixen Altersgrenzen. Dabei wird jedoch die Erfolgsgeschichte der individuellen Alterung ignoriert: Mit dem Anstieg der Lebenserwartung haben die in Gesundheit verbrachten Jahre und daher die erwerbsfähigen Jahre zugenommen. Der erste Beitrag dieser Ausgabe von *Demografische Forschung Aus Erster Hand* präsentiert ein neues Maß der Bevölkerungsalterung, welches die bisherigen Altersgrenzen aufgibt und auf einem Vergleich der Personen in einer Gesellschaft, die Hilfe benötigen, zu denjenigen, die diese geben können, beruht.

Die Berechnung dieses neuen Indikators basiert auf der Frage nach den durch Gesundheitsprobleme verursachten Einschränkungen täglicher Aktivitäten älterer Menschen. Diese Daten werden im Survey EU-SILC erhoben. Es ist anzunehmen, dass strukturelle Unterschiede und kulturelle Einflüsse diese Antworten in dem Survey prägen. Dennoch bietet dieser Survey zur Zeit eine der besten Datenquellen, um altersspezifische Erwerbsunfähigkeit im Ländervergleich zu messen.

Ein Vergleich mit gängigen Indikatoren der Bevölkerungsalterung ergibt ein positiveres Bild für die Zukunft und hilft, die Ängste gegenüber den ökonomischen und sozialen Kosten für die Gesellschaft abzuschwächen.

Außerdem in dieser Ausgabe von *Demografische Forschung Aus Erster Hand* zwei Beiträge zur Entwicklung von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland 20 Jahre nach der Deutschen Einheit: Noch immer ist das Angebot der Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Westdeutschland mit unter 20 Prozent weit geringer als in Ostdeutschland. Es sind vor allem Mütter mit Abitur, die dieses Angebot annehmen. Diese unterschiedlichen Entwicklungen in der Kinderbetreuung spiegeln sich auch in der Vollzeit-erwerbstätigenquote von Müttern wider; diese ist in Ostdeutschland mit 50 Prozent fast dreimal so hoch wie in Westdeutschland.

Alexia Prskawetz

Negative Folgen der Alterung bislang überbewertet

Neue Maßzahlen für aktuelle Bevölkerungsentwicklung

Die Alterung der Bevölkerung sorgt seit langem aufgrund der erwarteten negativen Folgen international für Beunruhigung: Ein Anstieg der älteren Bevölkerung bei einem gleichzeitigen Rückgang der Zahl der jüngeren Menschen wird die ökonomischen und sozialen Kosten für die Gesellschaft erhöhen. Diese Befürchtungen aus Politik und Wissenschaft werden nun durch eine neue Studie des Vienna Institute of Demography abgeschwächt.

Die aktuellen Forschungsergebnisse, die in der Zeitschrift *Science** veröffentlicht worden sind, zeigen, dass sich der politische Dialog im Hinblick auf die Bevölkerungsalterung bisher auf ungeeignete Indikatoren gestützt hat. Die Mehrheit der Informationen über das Altern werden Veröffentlichungen der Vereinten Nationen (UN) entnommen. Diese basieren jedoch auf dem biologischen Lebensalter und deklarieren Menschen

spätestens dann als Belastung für die Gesellschaft, wenn sie das 65. Lebensjahr und somit das Rentenalter erreicht haben.

Traditionell wird der Altersquotient (*old age dependency ratio*, kurz OADR), dazu benutzt, Rückschlüsse auf die Belastung zu ziehen, die der Gesellschaft durch den Unterhalt der älteren Generationen entsteht. Dieser Quotient setzt die Anzahl der von der Gesellschaft abhängigen Menschen über 65 Jahren mit der Anzahl der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Beziehung. Da der Altersquotient in den industrialisierten Ländern in der Vergangenheit kontinuierlich zugenommen hat, wurde und wird allgemein davon ausgegangen, dass dies die drastische Zunahme der Belastung der Pensions-, Gesundheits- und Pflegesysteme reflektiert.

Diese Schlussfolgerung ist inzwischen allerdings veraltet, weil die Menschen länger leben und jemand, der das 65. Lebensjahr erreicht hat, nicht unbedingt eine finanziell von der Gesellschaft abhängige Person

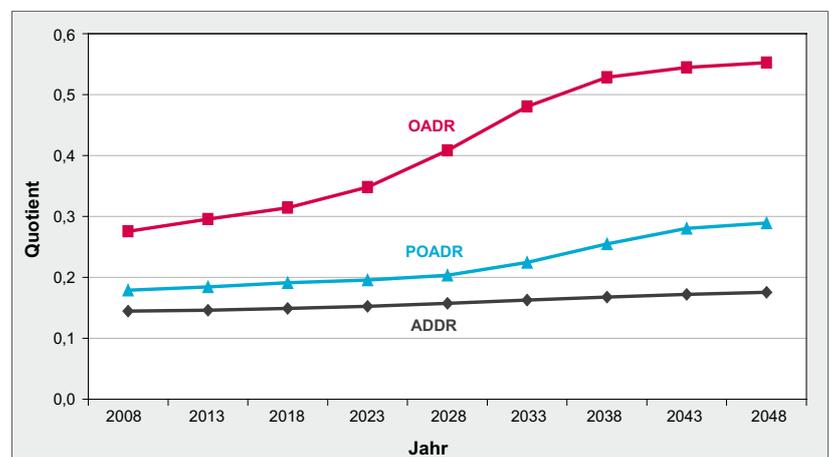


Abb. 1: Entwicklung von drei Maßzahlen zur Bevölkerungsalterung in Österreich bis Mitte des 21. Jahrhunderts: Altersquotient (*old age dependency ratio*, kurz OADR), prospektiver Altersquotient (*prospective old age dependency ratio*, kurz POADR) und der neue Indikator *adult disability dependency ratio* (ADDR).



→ darstellen muss. Die Fortschritte im Gesundheitswesen und die damit verbundene höhere Lebenserwartung der Menschen haben die Bedeutung des Lebensalters geändert. In Westeuropa erreichten zum Beispiel um 1800 weniger als 25 Prozent der Männer das 60. Lebensjahr; heute werden über 90 Prozent 60 Jahre alt. Ein 60 Jahre alter Mann kann heute in Westeuropa ungefähr dieselbe Anzahl verbleibender Lebensjahre erwarten wie ein 43-jähriger Mann im Jahre 1800. Jemand, der heute 60 Jahre alt ist, wird als Person mittleren Alters angesehen; im Jahre 1800 gehörten die 60-Jährigen bereits zur alten Bevölkerung. Heute bekommen 80-Jährige künstliche Hüftgelenke, um weiterhin mobil sein zu können. Ältere Menschen leiden heute unter weniger gesundheitlichen Einschränkungen als Menschen desselben Alters vor einigen Jahrzehnten. Auch die Abnahme der kognitiven Leistungsfähigkeit verzögert sich durch das steigende Bildungsniveau älterer Menschen. Die Medien haben diese Veränderungen ebenfalls wahrgenommen. Wir lesen jetzt häufig: „40 is the new 30“. Diese Feststellung ist jedoch mehr als nur eine Phrase. Sie fordert uns heraus zu überdenken, wie Bevölkerungsalterung gemessen werden sollte.

Indem, wie bisher, für die Messung der Bevölkerungsalterung Indikatoren herangezogen werden, die sich ausschließlich auf das chronologische Alter stützen, wird unwillkürlich angenommen, dass sich Faktoren wie die Lebenserwartung sowie Krankheit und gesundheitliche Beeinträchtigung nicht verändern. Allerdings sind viele der altersspezifischen Charakteristika, wie aufgezeigt, nicht konstant geblieben und werden sich auch in Zukunft weiter ändern. Dazu gehört, dass die steigende Lebenserwartung mit einem Zugewinn an Lebensjahren einhergeht, die die Menschen in Gesundheit verbringen. Diese Entwicklung würde es auch ermöglichen, dass künftige Generationen später in den Ruhestand eintreten als bisher, ohne dass sich dies nachteilig auf ihre Gesundheit auswirken müsste. Ein späterer Eintritt in den Ruhestand bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung würde auch dazu führen, dass künftige Generationen in etwa dieselbe Zeitspanne im Ruhestand verbringen wie heutige Rentner.

Um die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung zu messen, bedarf es neuer Maßzahlen. Politische Entscheidungsträger verwenden jedoch noch veraltete Indikatoren. Dies mag einerseits darauf zurückzuführen sein, dass die entsprechenden Daten einfach abzurufen sind. Andererseits hat es sehr lange keine Alternativen zu den UN-Indikatoren gegeben. Das hat sich inzwischen jedoch geändert. Bereits 2005 wurden neue Möglichkeiten aufgezeigt, Alterung zu messen und dabei die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen. So wurde in der Zeitschrift *Nature*** ein prospektiver Altersquotient (*prospective old age dependency ratio*, kurz POADR) vorgestellt. Dieser wird definiert als die Anzahl der Personen aller Altersgruppen mit einer ferneren Lebenserwartung von 15 oder weniger Jahren in Relation zur Anzahl

Tab. 1: Maßzahlen zur Bevölkerungsentwicklung in Industrieländern:

	OADR			POADR			ADDR		
	2008	2028	2048	2008	2028	2048	2008	2028	2048
Österreich	0,28	0,41	0,55	0,18	0,20	0,29	0,14	0,16	0,18
Jahr	2005 - 2010	2025 - 2030	2045 - 2050	2005 - 2010	2025 - 2030	2045 - 2050	2005 - 2010	2025 - 2030	2045 - 2050
Schweiz	0,27	0,41	0,48	0,15	0,18	0,24	0,09	0,10	0,11
Tschechien	0,23	0,36	0,52	0,20	0,26	0,29	0,08	0,09	0,10
Deutschland	0,33	0,48	0,63	0,21	0,25	0,34	0,12	0,13	0,15
Frankreich	0,28	0,44	0,51	0,18	0,21	0,24	0,09	0,10	0,11
Vereinigtes Königreich	0,27	0,36	0,41	0,19	0,20	0,22	0,10	0,10	0,10
Ungarn	0,26	0,34	0,48	0,25	0,28	0,31	0,21	0,22	0,23
Italien	0,33	0,45	0,68	0,20	0,23	0,31	0,10	0,11	0,12
Japan	0,35	0,55	0,78	0,18	0,27	0,29	0,10	0,12	0,13
Schweden	0,30	0,40	0,44	0,19	0,23	0,23	0,08	0,09	0,09
USA	0,21	0,34	0,38	0,13	0,17	0,20	0,09	0,10	0,10
Durchschnitt	0,28	0,41	0,53	0,19	0,23	0,27	0,11	0,12	0,12

Quelle: European Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC), UN World Population Prospects, Revision 2008 (eigene Berechnungen).

aller Personen, welche mindestens 20 Jahre alt sind und eine fernere Lebenserwartung von mehr als 15 Jahren aufweisen. Abbildung 1 stellt für Österreich die Entwicklung des prospektiven Altersquotienten und des konventionellen Altersquotienten bis zur Mitte dieses Jahrhunderts dar. Zu sehen ist, dass der prospektive Quotient weniger stark als der Altersquotient steigt.

Inzwischen haben wir eine weitere Maßzahl entwickelt: Der *adult disability dependency ratio* (ADDR) berücksichtigt die eigentliche Beziehung zwischen denen, die Hilfe benötigen, und denjenigen, die diese geben können. Der ADDR bezieht aber im Gegensatz zum POADR die verbleibende Lebenserwartung nicht ein: Die Zahl aller Erwachsenen, die mindestens 20 Jahre alt und gesundheitlich beeinträchtigt sind, wird durch die Anzahl der mindestens 20-Jährigen ohne Beeinträchtigungen dividiert. Wie in Tabelle 1 und in Abbildung 1 zu sehen ist, wächst der ADDR noch viel langsamer als der OADR. Die Bevölkerung wird zwar älter, aber sie wird gleichzeitig auch gesünder – und diese beiden Effekte heben sich gegenseitig auf. Für Österreich heißt das zum Beispiel (siehe Tabelle 1): Nach dem konventionellen Altersquotienten (OADR) würden im Jahr 2048 55 Personen im Alter 65+ in Relation zu 100 Personen im Alter von 15 bis 64 stehen. Nach der POADR-Methode kämen auf 100 Personen mit einer ferneren Lebenserwartung von mehr als 15 Jahren 29 Personen, die weniger als 15 Jahre verbleibende Lebenserwartung haben. Nach der ADDR-Methode kämen nur 18 gesundheitlich beeinträchtigte Personen im Alter von über 20 Jahren auf 100 über 20-Jährige ohne Beeinträchtigungen.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch für andere europäische Länder sowie die USA. Zukünftige politische Entscheidungen sollten daher nicht auf „starrten“ Altersquotienten mit fixen Altersgrenzen (OADR) beruhen, sondern sowohl die Verlängerung der Lebensspanne (POADR) als auch die steigende Anzahl der in Gesundheit verbrachten Jahre (ADDR) berücksichtigen. Der POADR und ADDR können dazu

beitragen, die Öffentlichkeit besser über die Folgen der Verbesserungen im Gesundheitsbereich und der daraus resultierenden höheren Lebenserwartung aufzuklären. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenserwartung und der Erhöhung der in Gesundheit verbrachten Lebensjahre stellt sich der Alterungsprozess der Gesellschaft als weit weniger dramatisch dar, als wenn die implizite Annahme gemacht wird, dass Verbesserungen im Gesundheitsbereich zum Stillstand kommen. Eine

langsame und zugleich prognostizierbare Angleichung des Rentenalters, die durch die steigende Zahl der in Gesundheit verbrachten Lebensjahre in höherem Alter gerechtfertigt werden kann, mag für die Öffentlichkeit eher nachvollziehbar und somit auch eher politisch akzeptabel sein als abrupte und massive Anhebungen des Rentenalters, die mit steigenden Sozialkosten gerechtfertigt werden.

Das deutsche Rentensystem sieht eine Erhöhung des Renteneintrittsalters von heute 65 Jahren auf 67 Jahre für die Geburtsjahrgänge ab 1964 vor. Dies bedeutet eine jährliche Anhebung um ein bis zwei Monate. In den USA steigt das normale Rentenalter (von heute 65 Jahren) sukzessive um ein halbes Jahr, sobald sich die Lebenserwartung der Bevölkerung um ein weiteres Jahr erhöht hat. Damit kann voraussichtlich das Rentensystem ohne weitere große Reformen aufrechterhalten werden. Die Menschen, die sich über eine höhere Lebenserwartung freuen können, würden somit einen Teil ihrer hinzugewonnenen Jahre selbst finanzieren.

Dies setzt allerdings voraus, dass der Arbeitsmarkt Möglichkeiten zur Beschäftigung älterer Menschen bietet, die ihrem Gesundheitszustand gerecht werden. Die Alterung der Gesellschaft wird sicher zu vielen Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten führen. Aber es gibt keinen Grund, die damit verbundenen Herausforderungen unter Zuhilfenahme veralteter Indikatoren übertrieben darzustellen. Es kann effektiver auf die mit der Alterung verbundenen Probleme eingegangen werden, wenn angemessene Maßzahlen verwendet werden.

Sergei Scherbov und Warren Sanderson

Literatur:

* Sanderson, W.C., and S. Scherbov: Remeasuring aging. *Science* 329(2010)5997: 1287-1288.

** Sanderson, W.C., and S. Scherbov: Average remaining lifetimes can increase as human populations age. *Nature* 435(2005)7043: 811-813.

Nur eine Alternative für hoch qualifizierte Frauen?

Kleinkinderbetreuung in Deutschland: Erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West

In Deutschland soll die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 auf durchschnittlich 35 Prozent angehoben werden. Noch ist allerdings ein erheblicher Ost-West-Unterschied zu beobachten. Zwar hat seit 1995 die Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige auch in Westdeutschland deutlich zugenommen. Jedoch zeigt sich, dass weiterhin vor allem Frauen mit Abitur Krippen und Tagesmütter für Kleinkinder in Anspruch nehmen.

Die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten wird als wichtiger Faktor für die Frauenerwerbstätigkeit, die Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und die Geburtenentwicklung betrachtet. In Deutschland dreht sich die aktuelle politische und gesellschaftliche Debatte hauptsächlich um die flächendeckende Betreuung von Kindern unter drei Jahren. So sollen bis zum Jahr 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr umgesetzt und Plätze für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren bereitgestellt werden. Ein Blick auf die Betreuungsquoten zeigt (Abbildung 1), dass in der Mehrzahl der ostdeutschen Landkreise diese gesetzlich vorgegebene Marke bereits erreicht ist. In Westdeutschland liegt die Betreuungsquote hingegen in den meisten Kreisen bei unter 20 Prozent.

In Westdeutschland wurde in der Vergangenheit das Ziel verfolgt, mit einem flächendeckenden Angebot an Kindergartenplätzen Kindern aller sozialen Schichten eine frühe Förderung zu ermöglichen. Dies betraf Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schulalter. Der Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren markiert einen Richtungswechsel in der deutschen Familienpolitik: Nun soll Frauen die Vereinbarkeit von Kind und Beruf erleichtert werden. Gerade vor dem Hintergrund des neuen Paradigmas stellt sich die Frage, welche sozialen Gruppen externe

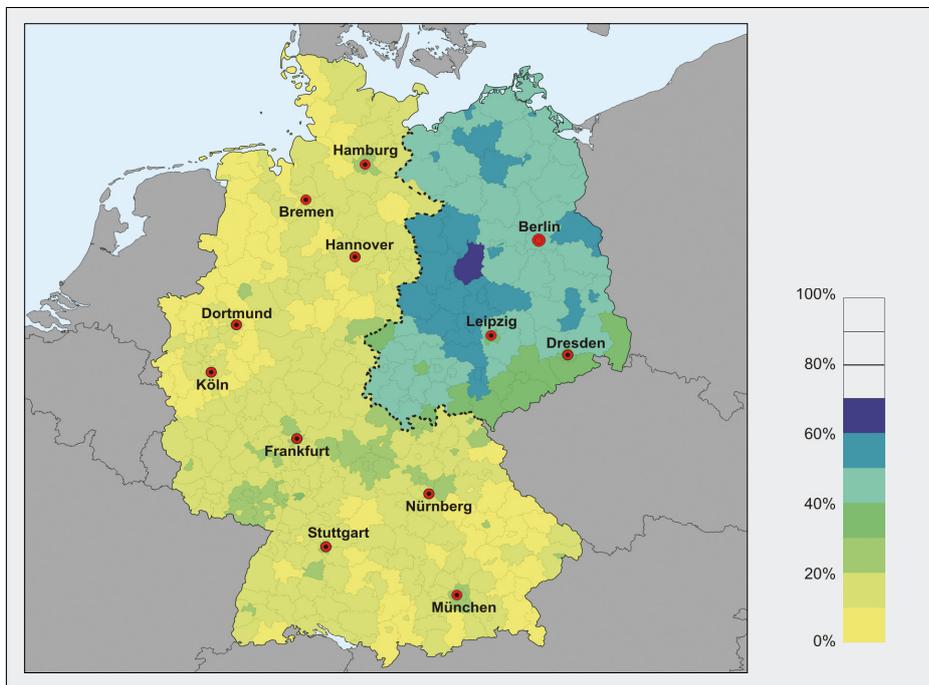


Abb. 1: Anteile von unter dreijährigen Kindern in Kindertageseinrichtungen an allen Kindern dieser Altersgruppe in Deutschland. Die Daten beziehen sich auf Kinder in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2009. Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, Basiskarte: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (eigene Darstellung).

Betreuung nutzen und wie sich dieses Profil über die Zeit hinweg verändert hat.

In einer neuen Studie des Max-Planck-Institutes für demografische Forschung Rostock wurde auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für den Zeitraum 1995 bis 2008 untersucht, welche sozio-demografischen Merkmale der Mutter mit der Inanspruchnahme einer Kindertageseinrichtung zusammenhängen. Die Analysen deuten darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit einer externen Betreuung über die Jahre kontinuierlich zugenommen hat.

Welche Rolle spielt dabei das Bildungsniveau der Mutter? Diese Analyse konnte nur für Westdeutschland durchgeführt werden, da für Ostdeutschland die Fallzahlen zu gering sind. In einem logistischen Regressionsmodell wurden Faktoren untersucht, die mit der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen zusammenhängen. In die Analyse gingen unter anderem die Bildung, die Nationalität und der Erwerbsstatus der Mutter ein. Abbildung 2 veranschaulicht die Veränderungen in der Nutzung externer Betreuung für Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren in Westdeutschland in Abhängigkeit vom Bildungsgrad der Mutter: Für alle Bildungsgruppen steigt die Neigung, ein externes Betreuungsarrangement zu nutzen, über die Zeit hinweg. Für Kinder, deren Mütter einen Real- oder Hauptschulabschluss oder ein niedrigeres Bildungsniveau haben, ist der Effekt sehr ähnlich, so dass kaum Unterschiede in der Abbildung zwischen den beiden Kurven erkennbar sind. Kinder, deren Mütter Abitur haben, weisen

in allen beobachteten Jahren eine etwa dreimal so hohe relative Chance auf, sich in externer Betreuung zu befinden, wie Kinder von Frauen mit anderem Abschluss. Dieses Ergebnis könnte darauf hinweisen, dass es für Mütter mit Abitur wichtig ist, einem Beruf nachzugehen, und dass sie deshalb häufiger Betreuung für Kinder unter drei Jahren in Anspruch nehmen als Frauen mit geringerer Bildung.

Zweifellos sind die politisch angestrebten Reformen der Betreuungsinfrastruktur ein wesentlicher Schritt zur Modernisierung des Wohlfahrtsstaats, mit dem die Erwerbstätigkeit von Müttern unterstützt wird. Es bleibt abzuwarten, ob es weiterhin in erster Linie hoch qualifizierte Frauen sein werden, die für ihre Kinder Krippen- und Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen, wie diese Analysen andeuten, oder ob die Nutzung dieser Einrichtungen für alle gesellschaftlichen Gruppen zur Normalität wird.

Sandra Krapf und Michaela Kreyenfeld

Literatur:

Kreyenfeld, M., und S. Krapf: Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung: eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kindertageseinrichtungen. In: Bildung als Privileg: Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, R. Becker und W. Lauterbach (Hrsg.). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, 107-128.

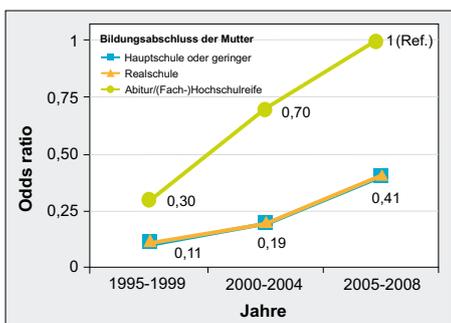


Abb. 2: Determinanten der externen Betreuung von Kindern im Alter von zwei bis drei Jahren in Westdeutschland: Zusammenhang zwischen Bildung und Kalenderjahr. Quelle: SOEP 1995-2008 (logistische Regression, Referenzkategorie: Frauen mit Abitur 2005-2008; eigene Berechnungen).

Unterschiede in der Müttererwerbstätigkeit bleiben bestehen

Ostdeutsche Frauen mit Kindern sind häufiger Vollzeit erwerbstätig als westdeutsche

Die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt stellt noch heute einen der markantesten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland dar. Besonders stark zeigt sich der innerdeutsche Unterschied in der Erwerbstätigkeit von Müttern: Ostdeutsche Mütter sind mehr als doppelt so häufig Vollzeit erwerbstätig wie westdeutsche.

Während in Westdeutschland zum Zeitpunkt des Falls der Berliner Mauer 1989 nur 56 Prozent der Frauen auf dem Arbeitsmarkt aktiv waren, lag die Erwerbsquote ostdeutscher Frauen bei 89 Prozent – ein Spitzenwert im internationalen Vergleich. Die Erwerbstätigkeit aller Frauen, auch derer mit Kindern, wurde in der DDR aus wirtschaftlichen und ideologischen Gründen forciert und war annähernd so hoch wie die der Männer. In Westdeutschland hingegen wurde die Ehe mit einem Vollzeit erwerbstätigen Ehemann und einer nicht erwerbstätigen oder Teilzeiterwerbstätigen Ehefrau gefördert. Mit der Übernahme der westdeutschen sozialpolitischen Rahmenbedingungen wurde vielfach vermutet, dass sich das Erwerbsverhalten ostdeutscher Mütter rasch dem der westdeutschen Frauen mit Kindern anpassen würde. Jedoch ist trotz der drastischen Veränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nach 1990 bis heute keine solche Angleichung festzustellen – dies zeigen Studien des Max-Planck-Institutes für demografische Forschung Rostock, in denen Daten des Mikrozensus ausgewertet wurden.

Betrachtet man den Erwerbsstatus von Frauen mit Kindern unter 18 Jahren, sieht man im Jahr 1991 gravierende Ost-West-Unterschiede (Abbildung 1). Während zu diesem Zeitpunkt 74 Prozent

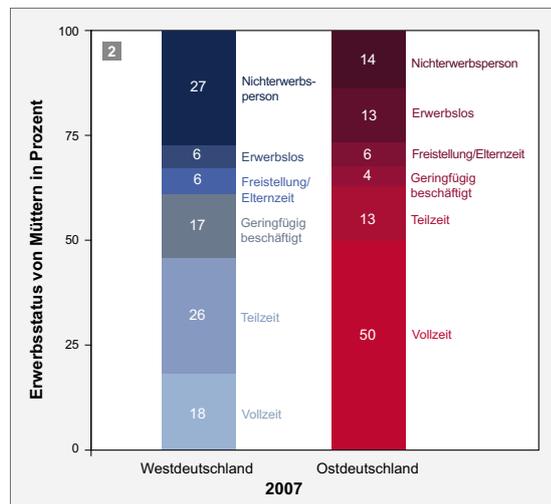
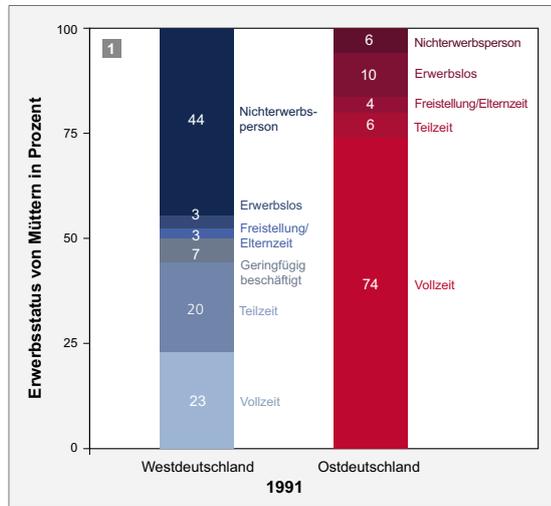


Abb. 1 und 2: Erwerbsstatus von 18- bis 45-jährigen Frauen mit Kindern in Deutschland. Quelle: Scientific-Use-Files des Mikrozensus 1991 und 2007 (eigene Berechnungen). Anmerkungen: Die Einteilung in Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte erfolgte über die normalerweise geleistete Arbeitszeit pro Woche: Vollzeit erwerbstätigkeit entspricht mindestens 30 Stunden, Teilzeiterwerbstätigkeit 15 bis 29 Stunden und geringfügige Beschäftigung 1 bis 14 Stunden. Erwerbslos sind: nicht erwerbstätig, auf Arbeitssuche und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehend; Nichterwerbspersonen sind: nicht erwerbstätig und nicht auf Arbeitssuche.

der ostdeutschen Mütter Vollzeit erwerbstätig waren, waren es unter Müttern in Westdeutschland nur 23 Prozent. Obwohl die Vollzeiterwerbstätigkeit unter ostdeutschen Müttern über die Zeit stark abgenommen hat, ist der Anteil der Frauen mit Kindern, die 30 Stunden oder mehr pro Woche arbeiten, im Jahr 2007 mit 50 Prozent noch immer fast dreimal so hoch wie in Westdeutschland (18 Prozent; Abbildung 2).

Vergleicht man Ost- und Westdeutschland, sind jedoch nicht nur die Unterschiede im Anteil Vollzeit erwerbstätiger Mütter beachtlich, sondern auch der relativ hohe Anteil erwerbsloser Mütter in Ostdeutschland. Während im Jahr 2007 13 Prozent der ostdeutschen Mütter erwerbslos waren, lag die Erwerbslosenquote westdeutscher Frauen mit

Kindern nur bei sechs Prozent. Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil derjenigen Mütter, die der Gruppe der Nichterwerbspersonen zugeordnet werden können, im Westen des Landes mit 27 Prozent weiterhin deutlich höher ist als im Osten (14 Prozent).

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland hängt die Erwerbsbeteiligung von Müttern sehr stark vom Alter des jüngsten Kindes ab. Frauen mit jüngeren Kindern sind zu einem geringeren Anteil in den Arbeitsmarkt integriert. Allerdings sind bedeutende Ost-West-Unterschiede bezüglich des Erwerbsumfanges zu sehen. So sind mehr als die Hälfte der ostdeutschen Mütter, deren Kinder zwischen drei und fünf Jahre alt sind, Vollzeit erwerbstätig; in Westdeutschland beträgt dieser Anteil nur 16 Prozent.

Die Ursachen dieser Ost-West-Differenzen können in den Unterschieden im Angebot an Kinderbetreuungsplätzen gesehen werden, das in Ostdeutschland wesentlich größer ist. Zudem bestehen nach wie vor in beiden Teilen Deutschlands unterschiedliche Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit. Durch die jahrzehntelange Tradition der Müttererwerbstätigkeit in Ostdeutschland ist für die meisten Frauen mit Kindern eine Integration in den Arbeitsmarkt selbstverständlich. Ein weiterer wichtiger Grund ist die unsichere Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland, die eine Partizipation beider Partner am Arbeitsmarkt erfordert.

Esther Geisler

Literatur:

Geisler, E.: Müttererwerbstätigkeit. In: Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland: Ergebnisse im Rahmen des Projektes „Demographic Differences in Life Course Dynamics in Eastern and Western Germany“, J. Goldstein, M. Kreyenfeld, J. Huinik, D. Konietzka und H. Trappe (Hrsg.). Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock 2010, 11-12. http://www.demogr.mpg.de/files/press/1832_familie_und_partnerschaft_ost_west.pdf.

Kreyenfeld, M., und E. Geisler: Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland: eine Analyse mit den Mikrozensus 1991-2002. Zeitschrift für Familienforschung 18(2006)3: 333-360.

IMPRESSUM

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography/Austrian Academy of Sciences, und Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels
ISSN: 1613-5822

Verantwortliche Redakteurin: Gabriele Doblhammer (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Nadja Milewski

Redaktionelle Mitarbeit: Heike Barakat

Wissenschaftliche Beratung: Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek

Layout: Michael Schultz

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsjahr: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Kontakt: geisler@demogr.mpg.de